



HESSISCHER LANDTAG

14. 05. 2024

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der Freien Demokraten**

An der Seite Israels: für Freiheit und Sicherheit jüdischen Lebens, dort wie hier, und Frieden im Nahen Osten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt den Luftangriff des iranischen Regimes gegen Israel in der Nacht zum 14. April 2024 mit aller Schärfe. Durch seine nun auch direkte physische Aggression hat es seine antisemitische Vernichtungsabsicht erneut bezeugt. Das iranische Regime stand schon zuvor hinter israelfeindlichen Gruppen und deren ständigen Angriffen auf Israel. Es verfolgt mit seiner Tat eine feindselige Ideologie, die den Grundwerten unserer Völkergemeinschaft widerspricht. Der Landtag stellt fest, dass der Massenbeschuss gegen Israel nicht durch den völkerrechtlichen Selbstverteidigungsbegriff zu legitimieren ist, wie es das iranische Regime versucht.
2. Der Landtag bekennt sich nachdrücklich zum Selbstbestimmungsrecht des israelischen Volkes. Es darf sich gegen den heimtückischen Terror der Hamas vom 7. Oktober 2023 militärisch zur Wehr setzen. Die menschenverachtenden Gräueltaten der Hamas dürfen sich nicht wiederholen. Der israelische Staat hat deshalb jedes Recht, die Strukturen der Hamas im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu zerschlagen.
3. Der Landtag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass alle Geiseln, die von der Hamas verschleppt wurden, umgehend freikommen und es zu einem umfassenden Waffenstillstand kommt, damit das aktuelle Leid der Menschen in Israel und dem Gazastreifen bald ein Ende haben wird.
4. Der Landtag äußert sich besorgt über die politischen Aussichten im Nahen Osten. Die dortigen Staaten müssen endlich zu einem gelebten Frieden finden, der das Existenzrecht Israels auch praktisch verwirklicht. Die destabilisierende Rolle und das aggressive Vorgehen des iranischen Regimes stellen dabei eine Gefahr für die gesamte Region und in besonderem Maße für Israel dar. Der Landtag spricht sich deshalb dafür aus, dass die Bundesregierung jede diplomatische Chance nutzt, um die nahöstliche Völkerverständigung zu fördern. Der Landtag spricht sich auch für eine Zweistaatenlösung für Israel und Palästina aus. Das dient der Sicherheit Israels. Der Kreislauf der Gewalt kann nur beendet werden, wenn das Existenzrecht Israels und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenserinnen und Palästinenser von allen Seiten anerkannt werden. Der Landtag begrüßt insofern, dass auch ein arabischer Staat wie Jordanien an der Luftverteidigung des israelischen Raums in der Nacht zum 14. April 2024 mitgewirkt hat.
5. Der Landtag bekennt sich zur deutschen und hessischen Verantwortung gegenüber Israel und gegenüber den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland. Antisemitismus ist in Deutschland und in Hessen leider nie verschwunden und muss immer wieder von neuem von staatlichen Organen, aber auch von der Zivilgesellschaft bekämpft werden.

6. Der Landtag betont, dass der deutsche Staat und so auch das Land Hessen in einer besonderen historischen Verantwortung für die Existenz des israelischen Staates stehen – Israels Sicherheit ist deutsche Staatsraison. Antisemitische Umtriebe dürfen auf unserem Boden nicht gedeihen. Deshalb muss der deutsche Rechtsstaat und mit ihm die hessische Polizei und Justiz allen israelfeindlichen und antisemitischen Taten weiter mit aller Entschlossenheit entgegenreten. Der Landtag betont zudem die zentrale Rolle, die Schulen und dem gesamten Bildungsbereich beim Kampf gegen Antisemitismus zukommt und bekennt sich dazu, Maßnahmen in diesem Bereich fortwährend weiter aktiv zu unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Mai 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas